

Stichwort: Iran

Religiöser Führer ist die oberste Instanz

Im Iran ist der schiitische Islam Staatsreligion. Der religiöse Führer Ajatollah Ali Khamenei ist als Nachfolger des Obersten Rechtsgelehrten (Revolutionsführers) Ajatollah Khomeini im Staat die größte Autorität. Er ist die höchste Instanz auch bei politischen Entscheidungen, ist Oberkommandierender der Streitkräfte, ernennt die obersten Richter und steht laut Verfassung der Islamischen Republik sogar über dem Gesetz. Dagegen ist die Macht des Präsidenten beschränkt, denn alle Gesetze und von ihm ernannten Minister müssen vom Wächterrat mit dem Obersten Rechtsgelehrten an der Spitze bestätigt werden.



Für politischen Wandel in der Islamischen Republik Iran treten die Anhänger des Reformkandidaten Karrubi ein. Bild: SN/AP

Iraner hoffen auf einen Wandel

Präsidentenwahl.

Gegen Amtsinhaber Ahmadinedschad geht Expremier Mussawi chancenreich ins Rennen.

SUSANNE SCHANDA

TEHERAN (SN). Vier Jahre nach der überraschenden Wahl des weitgehend unbekanntenen Mahmud Ahmadinedschad zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran steht die Bevölkerung heute, Freitag, wieder vor der Wahl. Ein konservativer Bewerber und zwei Kandidaten aus dem Lager der Reformer fordern den umstrittenen Präsidenten heraus.

Teheran vor der Präsidentschaftswahl, die immerhin das Potenzial hat, der Ära Ahmadinedschad ein Ende zu setzen: Von leicht verblassten, an hohe Hausfassaden gemalten Porträts blicken grimmig der Republikgründer Khomeini und sein Nachfolger Khamenei, aktueller geistlicher Führer des Landes. Wer auch immer der nächste Präsident des Iran wird, an der Geistlichkeit führt kein Weg vorbei. Das hat der letzte reformorientierte Präsident Mohammed Khatami schmerzhaft

erfahren. Als er nach zwei Amtsperioden abtrat, hinterließ er eine enttäuschte und resignierte Wählerschaft, die sich 2005 nicht mehr die Mühe machte, zwischen den beiden Kandidaten Ahmadinedschad und Rafsandschani zu wählen, weil sich ja doch nichts verändern würde. „Ahmadinedschad war die verdiente Strafe für den Rückzug eines großen Teils des linken und reformorientierten Lagers vom politischen Geschehen“, sagt der Direktor einer iranischen Plattenfirma. „Diese Wahl hat wie eine Ohrfeige gewirkt und die Leute hoffentlich aufgerüttelt.“

Der gut vernetzte Iraner wirbt nun in seinem großen Freundes- und Bekanntenkreis für den Reformkandidaten Mussawi – auch

über das Internetforum Facebook –, und damit dafür, diesmal die Chance zu ergreifen und bei der Wahl für eine Alternative zur wirtschaftlich und außenpolitisch desaströsen Politik des Amtsinhabers einzutreten. Nicht alle mit dem Regime Unzufriedenen sind so engagiert. „Wir haben am 12. Juni die Wahl zwischen schlecht und noch schlechter“, sagen zahlreiche liberal denkende Iraner.

Gerade für Frauen ist die bevorstehende Präsidentschaftswahl frustrierend. Unter den 450 Personen, die ihre Kandidatur angemeldet hatten, waren 42 Frauen. Alle fielen sie der Zensur des Islamischen Wächterrats zum Opfer. Die vier männlichen Kandidaten, die am 12. Juni zur Wahl stehen,

sind neben Ahmadinedschad der ebenfalls konservative Mohsen Rezaei und auf der Reformseite Mir-Hossein Mussawi, der während des iranisch-irakischen Kriegs 1980–1988 Premier war, und Exparlamentspräsident Mehdi Karrubi.

Für die junge Feministin Tara ist das keine echte Wahl. Dennoch wird sie Mussawi ihre Stimme geben, weil der verspricht, die Sittenpolizei abzuschaffen, die Frauen in der Öffentlichkeit auf korrekte islamische Kleidung prüft.

Tara ist Mitglied der Frauenorganisation Meydaan, die eine groß angelegte Kampagne gegen die Steinigung als Strafe für Ehebruch lanciert hat und dabei von der Friedensnobelpreisträgerin Shirin Ebadi unterstützt wird. Eine weitere Kampagne richtet sich gegen das Stadionverbot für Frauen. Im Zug der Geschlechtertrennung wird Iranerinnen der Zutritt zu Sportstadien verwehrt – angeblich, weil es dort im Gedränge mit Männern zu gefährlich für sie sei.

Mit List verschafften sich Tara und drei Mitstreiterinnen aber Zugang zum Azadi-Stadion, dem größten Fußballstadion des Iran, als die Nationalmannschaft gegen Südkorea spielte. Die weiblichen Fans aus Südkorea, die als Ausländerinnen eingelassen wurden und sich mit den Iranerinnen solidarisierten, schleusten die vier in ihrer Gruppe in die Fußballarena.



Präsident Ahmadinedschad. Bild: SN/AP



Herausforderer Mussawi. Bild: SN/AP

WELT KOMPAKT

UNO verstärkt die Nordkorea-Sanktionen

NEW YORK, SEOUL (SN-kes). Nach fast dreiwöchigem Ringen einigte sich der UNO-Sicherheitsrat jetzt im Grundsatz auf eine neue Resolution gegen Nordkorea, das am 25. Mai seine zweite Atombombe gezündet hatte: Verschärfung bestehender Finanzsanktionen sowie Inspektionen auf hoher See von nordkoreanischen Waffentransporten. Das entspricht jener UNO-Resolution, die bereits nach Nordkoreas erstem Atomtest im Oktober 2006 beschlossen worden ist. Doch sind diese Sanktionen bisher nicht durchgesetzt worden.

Indioprottest gegen Perus Regierung

LIMA (SN-ach). Seit den schweren Zusammenstößen zwischen Amazonas-Indios und der Polizei (mindestens 33 Tote) ist die Regierung von Perus Präsident Alan Garcia unter Druck. Die Frauenministerin verabschiedete sich aus dem Kabinett, weil sie mit der Indiopolitik nicht einverstanden ist; ein Indioführer bat in Nicaragua um Exil. Die Regierungspartei APRA und verbündete Konservative setzten im Kongress jetzt zwei der elf Amazonas-Dekrete des Präsidenten aus, ohne sie aber für ungültig zu erklären. Das soll Raum schaffen für neue Verhandlungen mit den 64 Indio-völkern im Amazonasgebiet. Doch die Indios wollen keine Brosamen und haben am Donnerstag mit der verbündeten Linken in Lima und im Amazonas-Gebiet erneut protestiert.

Athen verschärft Kurs gegen illegale

ATHEN (SN, dpa). Griechenland plant, härter gegen illegale Einwanderer vorzugehen. So will die Regierung streng bewachte Aufnahmelager auf den Ost-ägäisinseln eröffnen. Aufgegriffene Migranten aus der Türkei sollen im Schnellverfahren in den Nachbarstaat zurückgeschickt werden, den die EU als sicheres Drittland einstuft. Am Vortag waren erstmals mit einem Sonderflug 55 pakistanische Flüchtlinge in ihre Heimat ausgewiesen worden. Die griechischen Behörden haben 2008 insgesamt 146.000 illegale Zuwanderer hauptsächlich aus Staaten des Mittleren Ostens und Nordafrikas aufgegriffen.

Libyens Herrscher lässt sich von Italien hofieren

Gaddafi nützt es beim Besuch in Rom aus, dass seine Gastgeber in der Flüchtlingsfrage auf seine Kooperation angewiesen sind

ROMAN ARENS

ROM (SN). Das offizielle Italien versucht, Muammar el-Gaddafi mit Ehrenbezeugungen bei Laune zu halten. Im Wissen, dass Rom auf gute Beziehungen zu ihm dringend angewiesen ist, leistet sich Libyens Revolutionsführer Extravaganzen. Sein viertägiger Besuch in der ewigen Stadt wird von Protesten und Polemiken begleitet.

Der größere Teil der Opposition hatte sich wegen der Menschenrechtsverletzungen in Libyen massiv dagegen gewandt, dass Gaddafi eine Rede in der Aula des Senats halten sollte. Ein kleinerer Teil aber wollte ihm, dem amtierenden Vorsitzenden der Afrikanischen Union, den außergewöhnlichen Auftritt nicht verwei-

gert sehen. Wegen dieser Unstimmigkeiten verlegte daraufhin Senatspräsident Schifani die Veranstaltung in einen Nebensaal dieses parlamentarischen Hauses.

Gaddafi nutzte seine Rede, um sich vom Terror abzusetzen, den Westen für dessen Anwachsen verantwortlich zu machen und das Verhalten der USA wegen der Angriffe auf Libyen 1986 und den Irak seit 2003 mit dem von Osama bin Laden zu vergleichen. Man müsse „auch mit dem Teufel einen Dialog führen, wenn das zum Verständnis des Terrorismus nötig“ sei, meinte Libyens Herrscher.

Auch seine Rede in der Sapienza-Universität war von Demonstrationen begleitet. Wegen der großen Sicherheitsvorkehrungen war der Verkehr in der Innenstadt

Roms am Donnerstag nachhaltig behindert. Nachdem Gaddafi mit Premier Silvio Berlusconi und Staatschef Giorgio Napolitano zusammengetroffen war, folgten Besuche auch bei Bürgermeister Gianni Alemanno und dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Gianfranco Fini. Für seine eigenen Empfänge hat sich der Libyer im Garten der Villa Pamphili sein eigenes Zelt aufbauen lassen.

Exzentrischer Besucher

Berlusconi wollte sich laut Medienberichten mit der Entschuldigung eines steifen Halses darum drücken, den exzentrischen Staatsgast schon auf dem Flughafen zu empfangen und zu umarmen. Gaddafi jedoch soll diese diplomatisch unübliche Sonderbe-

handlung schon auf dem Luftweg nach Rom mit der Drohung erzwungen haben, andernfalls wieder umzukehren. Der Revolutionsführer zeigte sich dann gegenüber dem Premier besonders nett: „Andere Regierungen haben in der Vergangenheit begonnen, mit Libyen zu verhandeln. Aber nur mein Freund Silvio Berlusconi hat den Mut gehabt, die Verhandlungen zum Abschluss zu bringen.“

Gaddafi ist in Rom mit einem Foto an der Uniform-Brust gelandet, das einen 1931 gehenkten libyschen Widerstandskämpfer gegen die italienische Besatzung zeigt. Seit zwei Jahrzehnten versucht Italien, mit Libyen ins Reine zu kommen und einen Strich unter die Verbrechen in der Kolonialzeit von 1911 bis 1943 zu ziehen. Kurz

vor ihrem Sturz stand die Regierung Prodi Ende 2007 davor, einen Vertrag über Entschädigungen von 3 Mrd. Dollar zu unterzeichnen. Neun Monate später unterschrieb Berlusconi einen Freundschaftsvertrag, der inzwischen 5 Mrd. Dollar kostete.

Zu den Gegenleistungen dafür gehören nicht nur libysche Investitionen in italienische Unternehmen wie den Fußballclub Juventus Turin, die Unicredit-Bank und das Energieunternehmen Eni, sondern auch gemeinsame Anstrengungen, den Strom von Flüchtlingen übers Meer nach Italien zu bremsen. Ohne Libyens Bereitschaft, abgewiesene Asylbewerber zu übernehmen, müsste Italien sofort von seiner Flüchtlingspolitik abrücken.